

ENTSCHLIESSUNGSAVTRAG

XXIV. GP.-NR

2001 /A(E)

14 Juni 2012

der Abgeordneten Alev Korun, Freundinnen und Freunde

betreffend eine nachhaltige und solidarische Flüchtlingspolitik

BEGRÜNDUNG

Wie die UNHCR in ihrem Jahresbericht für 2011 bekannt gab, spitzt sich die globale Flüchtlingskrise immer mehr zu: Seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts hat sich die Zahl der Menschen auf der Flucht mehr als verdoppelt. Gewaltsame Konflikte, der Klimawandel und Hungersnöte haben die Zahl der Flüchtenden in den letzten Jahren in die Höhe getrieben. Die Welt produziert immer schneller in immer kürzeren Abständen neue Flüchtlingskrisen, warnte UNHCR-Chef Antonio Guterres. Dabei tragen Entwicklungsländer bereits die Hauptlast der Flüchtlingskrisen: Vier Fünftel der Flüchtlinge befinden sich in Entwicklungsländern. Die Flüchtlingskrisen der Welt spielen sich also nicht gerade in Europa ab. Dennoch besteht die EU-Flüchtlingspolitik immer mehr darin, Grenzen dicht zu machen statt zu helfen. Die Rückschiebung von Bootsflüchtlingen auf hoher See sowie unterlassene Hilfeleistung bei Flüchtlingen in Seenot sind zur beschämenden Alltäglichkeit vor den Küsten Europas geworden und widersprechen den Grundwerten und Grundrechten Europas.

Die derzeitige Abschottungspolitik kann daher keine Lösung sein, auch wenn jedes Land das Recht hat seine Grenzen zu kontrollieren. Denn ein bedeutender Teil jener Menschen, die über die Grenze kommen, fliehen vor Gewalt und Verfolgung – Abschottung und die Errichtung von Zäunen lindern keinen Fluchtdruck. Im Gegenteil: Asylsuchende weichen auf noch riskantere Routen aus und landen in den Fängen von Menschenschmugglern. Somit treibt die EU Asylsuchende immer weiter in die Hände jener Schlepper, die sie lautstark zu bekämpfen glaubt.

Der EU-Rat der InnenministerInnen formt wesentlich die Asylstrategie Europas. Europa braucht statt phantasieloser Abschottungspolitik einen langfristigen Plan: Eine nachhaltige und solidarische Asylpolitik, die einerseits durch verstärkte Krisenprävention vor Ort Hilfe (u.a. durch Entwicklungszusammenarbeit) leistet und andererseits legale Einreise für Stellung von Asylanträgen ermöglicht. Auch muss der Standard der Asylverfahren endlich auf ein einheitliches höheres Niveau gebracht werden: Denn laut Eurostat hat ein Asylsuchender in einem EU-Land eine 95-prozentige Chance, als Flüchtling anerkannt zu werden, in einem anderen jedoch weniger als 1 Prozent. 2010 lag die Spanne der Anerkennungsraten in der EU zwischen 1,6 Prozent und 44 Prozent.

Eine „Festung Europa“, bewacht, patrouilliert und nach außen abgeriegelt durch Frontex samt einer „Asyllotterie“ ist extrem kostspielig, ineffizient und keine Lösung für die Ursachen des Problems. Unsere Innenministerin sollte sich daher im EU-Rat der InnenministerInnen für ein solidarisches und nachhaltiges Asylsystem in Europa

einsetzen, das sein Augenmerk auf Krisenprävention legt, eine legale Einreise und Antragstellung in der EU ermöglicht, sowie qualitativ gleichwertige Asylverfahren in ganz Europa anstrebt.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Innenministerin wird aufgefordert, ihr politisches Gewicht konsequent dafür einzusetzen, eine solidarische und nachhaltige Asylpolitik in der EU zu etablieren. Diese würde Krisenprävention, die Möglichkeit legaler Einreise und Antragstellung von AsylwerberInnen sowie einheitliche hohe Standards in Asylverfahren innerhalb der EU umfassen. Leitmotiv dabei sollte sein, dem Schutzgedanken der Genfer Flüchtlingskonvention zu bestmöglichster Wirksamkeit in der Europäischen Union zu verhelfen.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für Menschenrechte vorgeschlagen.

